

**Ergebnisprotokoll  
der 9. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,  
Energie und Landwirtschaft vom 19.05.2016**

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 16.10 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

1. vom Senat Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Meyer

2. von der Bürgerschaft

**SPD-Fraktion** Herr Hamann  
Herr Crueger  
Frau Schiemann  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion** Frau Neumeyer  
Herr Imhoff  
Herr Schwarz

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** Herr Saffe  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke** Herr Janßen

**FDP-Fraktion** Herr Schomaker

**II Verwaltung**

Frau Zimmermann Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr  
Frau Windeler

Frau Prof. Dr. Reuther

Herr Musiol

Herr Dr. Kountchev

Frau Kamp

Herr Viering

Herr Eickhoff

Herr Eiken

Herr Lankowsky

Herr Klugkist

Herr Wolf

Frau Paas

Frau Pieper ASV

**III Gäste**

**IV Gastdeputierte**

Herr Senkal	SPD-Fraktion
Frau Sprehe	SPD-Fraktion
Herr Saxe	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Bücking	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Strohmann	CDU-Fraktion
Herr Scharf	CDU-Fraktion
Herr Buchholz	FDP-Fraktion
Frau Bernhard	Die Linke

**Herr Pohlmann** begrüßt die Mitglieder und Gäste der 9. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

Es gibt einen **Nachtrag** zur Tagesordnung **TOP 6e** EFRE-Programm 2014-2020 Land Bremen Überseestadt - Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

*Einstimmig*

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen</b> (hier: Protokoll 19/7 der Sitzung am 10.03.2016)	
-------	--	--

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.*

*Einstimmig*

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

Siehe auch Protokoll der 9. städtischen Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 19.05.2016

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

*Einstimmig*

TOP 4	<b>Geplanter Erlass einer Naturschutzgebietsverordnung „Rohrniederung“ in der Stadtgemeinde Bremerhaven</b> -30-	Vorlage 19/131
-------	---	-------------------

**Herr Schomaker** erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde, da auf diesem Wege der Stadt Bremerhaven weitere Entwicklungsmöglichkeiten genommen würden. Man habe heute schon Schwierigkeiten noch Bauflächen in Bremerhaven auszuweisen.

**Herr Crueger** erinnert dazu an die Debatte in der Bürgerschaft. Er sehe die Ausweisung des Naturschutzgebietes nicht als etwas Wirtschaftsfeindliches, sondern dies sei eine gute Lösung, auf die sich alle Akteure geeinigt hätten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der Einleitung des Verfahrens zum Erlass der Naturschutzgebietsverordnung „Rohrniederung“ zu.

Zustimmung bei Ablehnung durch die Fraktion der FDP

TOP 5	<b>Studie zur kapazitiven Leistungsfähigkeit des Eisenbahnnetzes im Großraum Bremen (Knotengutachten)Teil 2: Betriebssimulation und Maßnahmen zur Engpassbeseitigung Teil 3: Potentiale für den Schienengüterverkehr auf der Umfahrungsstrecke Bremerhaven – Bremervörde – Rotenburg</b> -5-	Vorlage 19/137
-------	---	-------------------

**Herr Lankowsky** fasst die wesentlichen Inhalte der Vorlage zusammen.

**Herr Strohmann** fragt nach, ob die Studie die seitens der DB Cargo geplante Schließung jedes vierten Güterverkehrsbahnhofes berücksichtige.

**Herr Bücking** möchte wissen, ob in der Zahl der Güterzüge, die bis 2030 durch den Bremer Knoten hindurch geführt würden, die Züge, die über das Bremervörder Gleis geführt werden, bereits enthalten seien oder noch dazu kämen.

**Frau Sprehe** begrüßt grundsätzlich die Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Schiene, insbesondere wenn die Umleitungsstrecke der EVB über Bremervörde elektrifiziert werde. Sie fragt nach den zu erwartenden Zeiträumen.

**Herr Lankowsky** führt aus, dass es bisher keine offizielle Aussage der DB zu den Güterbahnhöfen gebe. Insofern könne nur spekuliert werden. Er gehe davon aus, dass auch Zugangsstellen in Bremen betroffen sein werden, diese aber vom Aufkommen her nicht sehr relevant seien. Die für Bremen wesentlichen Verkehre kämen aus den Seehäfen und seien von dieser Diskussion nicht betroffen.

Bei der Prognose der Züge gebe es unterschiedliche Zahlen. In der Studie werde aufgezeigt, wie leistungsfähig die Strecken seien, d. h. die angegebenen Zahlen stellen eine grobe Einschätzung dar, was die Strecke noch zusätzlich aufnehmen könne. Diese Werte orientierten sich an den vorhandenen Prognosen, müssten aber nicht unbedingt eintreten. Die 40 möglichen Züge über Bremervörde seien zusätzlich zu berücksichtigen. Aus Richtung Bremerhaven hätte man mit den genannten Maßnahmen eine Kapazität von plus 60 Zügen. Aus dem Jade-Weser-Port kämen 38 Züge. Dafür brauche man schon einen bestimmten Umfang an Ausbaumaßnahmen. Der EVB- Ausbau sei in den letzten Jahren schon begonnen worden. Wenn alles gut laufe und eine Finanzierung sichergestellt sei, müssten die Maßnahmen in den nächsten zehn Jahren zu bewerkstelligen sein.

**Herr Bücking** weist darauf hin, dass auf der einen Seite die Bedeutung der Hinterlandverkehre für die Häfen stehe, auf der anderen Seite würden die Belastungen für die Menschen an der Bahnstrecke dadurch wachsen. Bei der letzten Auseinandersetzung zu diesem Thema wurde angekündigt, dass das Rad-Schiene-System umgestellt werde, also bessere Bremseinrichtungen geschaffen werden, wodurch die Züge leiser würden. Die zweite Maßnahme war, dass an bestimmten Stellen der Stadt über die freiwilligen Maßnahmen der Bahn und über Zusatzleistungen der Stadt Lärmschutzeinrichtungen geschaffen werden sollten, z.B. an der Oldenburger Kurve. Er möchte wissen, wo man in diesem Wettlauf zwischen Lärmschutz- und Lärmreduktionsmaßnahmen und dem Steigern der Leistungsfähigkeit stehe.

**Herr Eiken** berichtet, dass eine Begutachtung in Auftrag gegeben worden sei, die das gesamte Streckennetz in Bremen betrachte, mit dem Ziel, die Prognose der Studie bis 2025

abzuschätzen. Darin seien die wesentlichen Ausbaumaßnahmen noch nicht berücksichtigt. Darüber hinaus solle ein weiteres Szenario erstellt werden, um einzuschätzen, wie es bis 2030 weiter gehe. Anhand dessen würden dann auch Maßnahmen geprüft. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen würden dann in der Deputation vorgestellt werden.

Zur Herstellung eines aktiven Schallschutzes an der Bahn im Bereich der Oldenburger Kurve sei man in Verhandlungen mit der DB. Anschließend folge die Ausführungsplanung der Maßnahme. Wenn alles ideal laufe, könnte das Bauwerk 2019 aufgestellt werden.

Beschluss:

- 1) Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt die Teile 2 und 3 der Studie „Kapazitive Leistungsfähigkeit des Eisenbahnnetzes im Großraum Bremen“ zur Kenntnis.
- 2) Die Deputation für Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Ergebnisse der Studien gegenüber den relevanten Bundes- und Landesbehörden sowie der DB zu vertreten.
- 3) Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr nach Beschluss der Ausbaugesetze zum Bundesverkehrswegeplan 2030 durch das Bundeskabinett zu den Auswirkungen der enthaltenen Maßnahmen auf den Knoten Bremen zu berichten.

*Einstimmig*

<b>TOP 6</b>	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
<b>TOP 6a)</b>	<b>EU-Strategie Bremen</b>	BdV Schriftlich

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 6b)</b>	<b>Stellungnahme des Landes Bremen zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 und zum Umweltbericht</b> -5-	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

**Herr Senator Dr. Lohse** erinnert an den Auftrag aus der Bremischen Bürgerschaft, sicher zu stellen, dass nur die Bremer Vorzugsvariante einer B6n unter dem Flughafen hindurch geplant werde und das Ressort sich für eine Einstufung der B6n in den vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan einsetzen sollte. Diese beiden Aufträge waren quasi miteinander unvereinbar gewesen. Auf Wunsch des Bundes musste neben der Bremer Vorzugsvariante auch die Vorzugsvariante des Bundes angemeldet werden. Der Bund habe nun ausschließlich die Umfahrvorvariante, d. h. Vorzugsvariante des Bundes, die von Bremen ausdrücklich nicht gewünscht werde, in den vordringlichen Bedarf aufgenommen. Daraufhin habe das Ressort Gespräche mit dem Bund aufgenommen und klargestellt, dass das, was der Bund in den vordringlichen Bedarf aufgenommen habe, nicht dem entspreche, was in Bremen politisch beschlossen wurde. Es habe eine Verständigung mit dem Bund bezüglich einer Modifikation gegenüber der Einstufung der Vorhaben gegeben: die B6n werde nun im weiteren Bedarf\* (WB\*) angemeldet und der achtstreifige Ausbau der A1 stattdessen als vordringlicher Bedarf eingestuft. Das Vorhaben B 6n werde auch in der Einstufung „weiterer Bedarf“ weiter geplant und vor allem werde weiter mit dem Bund über die Variante und die Kosten verhandelt. Im Tausch dafür habe der Bund zugestanden, dass der achtstreifige Ausbau der A1 in den

vordringlichen Bedarf – E, die höchste Kategorie, eingestuft werde. Daran habe Bremen ein hohes Interesse, weil der Ausbau der A1 zu bedeutenden Stauentlastungen führen werde. Auf die Nachfrage von **Frau Sprehe** sagt er zu, die Synopse der bewerteten Varianten vorzulegen, sobald man sie vom Bund erhalten habe.

**Frau Sprehe** betont, dass es für Bremen wichtig sei, auch die B212n in den vordringlichen Bedarf aufzunehmen, da diese für die Verkehrsentwicklung im Süden sehr wichtig sei.

**Herr Janßen** wirft die Frage auf, ob man im Ergebnis nicht das gleiche erreicht hätte, wenn man die Vorzugsvariante des Bundes nicht mit eingereicht hätte, sondern nur die Bremer Vorzugsvariante unter dem Flughafen hindurch. Weshalb könne der Bund auf der Umgehungsvariante bestehen, obwohl die Mehrkosten der Untertunnelung ohnehin durch das Land Bremen getragen werden müssten. Weiter fragt er, ob durch den Bau des Abschnitt 2/2 der A281 eine Vorfestlegung einer Trassenführung der B6n erfolge.

**Herr Saxe** stellt fest, dass der achtstreifige Ausbau der A 1 eine Engpassbeseitigung darstelle und zudem eine Lärmsanierung geplant werde. Durch den Einbau von lärmreduzierendem Asphalt und möglicherweise auch einer windabhängige Geschwindigkeitsregulierung werde dies für die Menschen in Hemelingen und Obervieland eine Entlastung sein. Eine B6n um den Flughafen herum werde es nicht geben. Dann solle sie besser gar nicht gebaut werden.

**Herr Senator Dr. Lohse** weist darauf hin, dass mit der vorgestellten Lösung im Bundesverkehrswegeplan die B6n deutlich höher eingestuft werde, als das auf anderem Wege erreichbar gewesen wäre. Dann wäre das Vorhaben von vorneherein aussortiert worden. Zunächst bestehe der Bund auf seiner Variante als der kostengünstigeren. Durch diese Form der Anmeldung in Verbindung mit dem Gesprächsergebnis, das mit dem Bund erzielt wurde, sei das Vorhaben noch im Rennen und es werde auch ernsthaft darüber verhandelt. Die Ausführung des Abschnittes 2/2 erfolge so, dass sie ergebnisoffen lasse, welche Variante man verfolge. Die Beschlusslage des Parlaments sei aber eindeutig und das Ressort werde weiter entsprechend mit dem Bundesverkehrsministerium verhandeln.

**Herr Saxe** ergänzt, dass die B6n die Funktion habe, die Kattenturmer Heerstraße zu entlasten. Von daher mache es Sinn, die Tunnellösung weiter zu verfolgen. Bis dahin müsse man überlegen, ob eine Begrenzung auf Tempo 30 ganztägig und nachts zumindest übergangsweise eine Entlastung für die Kattenturmer Heerstraße und die Anlieger dort bringen könne.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 6c)</b>	<b>Sachstand B 212n und Kommunale Entlastungsstraße Strom (KES)</b> -5-	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

**Herr Imhoff** erzählt von einer Beiratsvorlage von 1986, in der stehe, es sollten die Abstimmungen mit Niedersachsen intensiviert werden, damit eine schnelle Realisierung der B212n möglich gemacht werde. Nun sei die B212n vom vordringlichen Bedarf zurückgestuft worden. Wie und wann wolle der Senat sein Versprechen von 1985, den AnwohnerInnen in Strom eine Entlastungsstraße zu verschaffen, umsetzen?

**Herr Saxe** kann das Anliegen vor Ort gut nachvollziehen. Dennoch stehe einer Entlastung über Delmenhorst das Frankenschnellweg – Urteil im Wege, weil die Lärmbelastung gerade in Delmenhorst sich erheblich erhöhen würde, so dass diese Möglichkeit ausgeschlossen sei.

**Herr Senator Dr. Lohse** betont, dass das Ressort sich bemühe, gemeinsam mit Niedersachsen, die B212n doch noch in den vordringlichen Bedarf zu bekommen. Die Entscheidung über die Trassenführung liege jedoch bei Niedersachsen.

**Herr Dr. Kountchev** bestätigt, dass das Land Niedersachsen das Verfahren leite. Dieses plane, bis Ende des Jahres mit der Erstellung der Planfeststellungsunterlagen zu beginnen. Bei

einem optimalen Verlauf sei noch in 2017 ein Planfeststellungsbeschluss zu erwarten. Wenn gegen den Beschluss keine Klagen eingelegt würden, könnte – rein theoretisch- ein Baubeginn bis 2019 erfolgen. Aber diese Zeitschiene sei mit vielen Unwägbarkeiten versehen.

**Herr Imhoff** stellt fest, dass seit über dreißig Jahren an dieser Straße geplant werde. So etwas trage auch zur Politikverdrossenheit bei. Es sei wichtig, nun endlich zu schnellen Lösungen zu kommen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.*

<b>TOP 6d)</b>	<b>Entwicklung der Gänsepopulation im Land Bremen</b> -31-	BdV schriftlich
----------------	---	--------------------

**Herr Imhoff** möchte wissen, ob die Zahlen mit der Landesjägerschaft rückgekoppelt würden und ob es Beschwerden von Landwirten wegen Schäden durch Wildgänse gegeben habe.

**Frau Dr. Schaefer** fragt, ob an den Veränderungen der Gänsepopulationen eine Auswirkung des Klimawandels abgeleitet werden könne.

**Herr Klugkist** führt aus, dass die Landesjägerschaft ebenfalls vor Ort sei und zähle. Man tausche aber keine Zahlen aus. Klagen über Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen seien im Ressort nicht bekannt. Von den Vogelschutzwarten der anderen Bundesländer, die mit deutlich größeren Gänseanzahlen zu tun haben, werde über Klagen auf Grünland im Küstenbereich berichtet. Dort raste die Weißwangengans, die deutlich länger bleibe, als die Blässgänse, die in Bremen die Hauptmenge ausmachen würden. Bei einem Zeitraum von zehn Jahren seien Auswirkungen des Klimawandels nicht sinnvoll zu belegen. In warmen Wintern kämen die Gänse früher und blieben länger, die Verschiebungen bei einzelnen Arten seien entsprechend witterungsbedingt. Inwieweit das durch den Klimawandel bedingt sei, könne man in dreißig oder fünfzig Jahren beurteilen. Er weist darauf hin, dass in dem Bericht eine fehlerhafte Zahl stehe: Auf S. 3 betrage die Anzahl Blässgänse in der Wümmeniederung im Winter 2014/ 2015 **3.643**.

**Herr Crueger** fragt nach Zahlen, die länger als eine Dekade zurückliegen.

**Herr Saffe** möchte wissen, welche Schäden im Grünland verursacht werden könnten.

**Herr Klugkist** erläutert, dass die Gänse, wenn sie relativ lange im Frühjahr bleiben, das frisch wachsende Gras fressen würden. Dadurch könne die Ernte verzögert und in der Menge verringert werden. Das betreffe eher die Küstenbereiche. Die Blässgänse würden schon im März weiterziehen, wenn das Gras noch nicht stark wachse. Zu alten Zahlen empfehle er die Avifauna Bremens von Seitz und Dallmann<sup>1</sup>.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.

---

<sup>1</sup> J. Seitz, K. Dallmann: *Die Vögel Bremens und der angrenzenden Flußniederungen*, BUND Bremen (Hrsg.), 1992, [ISBN 3-9802876-0-2](https://www.bund.de/SharedDocs/Default.aspx?cid=39802876-0-2)

<b>NACH- TRAG TOP 6e)</b>	<b>EFRE-Programm 2014-2020 Land Bremen Überseestadt - Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken Zulässigkeit für eine haushaltsrechtliche Verpflichtungsermächtigung zur Finanzierung, entsprechend des Eckwertebeschlusses 2016/2017 des Senats vom 29.9.2015 -SWAH-</b>	BdV schriftlich	L/S
-----------------------------------	--	--------------------	-----

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.*

<b>TOP 7</b>	<b>Verschiedenes</b>	
<b>TOP 7a</b>	<b>Umsetzung einer Lärmmessstation</b>	BdV mündlich

**Herr Eiken** berichtet, dass es an der Stolzenauer Straße keine Lärmmessstelle geben werde, da dieser Standort dafür nicht geeignet sei. Der Bund habe Anfang April angekündigt, dass es ein bundesweites Monitoringnetz geben solle. Das Ressort werde daher Kontakt mit dem Bundesverkehrsministerium aufnehmen, um weitere Informationen zum zeitlichen Ablauf, der Art der Messeinrichtungen und einer Länderbeteiligung zu erfragen. Ein solches Bundesprogramm sei für Bremen interessant, auch um eigene Mittel zu schonen. Sobald dazu Informationen vorlägen, werde entschieden, wie weiter vorzugehen sei.

**Frau Dr. Schaefer** betont, dass eine Lärmmessstelle unbedingt notwendig sei. Wenn es die Möglichkeit gebe, das über den Bund zu finanzieren, sei das zwar begrüßenswert, das Thema dürfe aber darüber nicht aus den Augen verloren werden. Sie bittet darum, die Deputation über den weiteren Fortgang und ggf. auch über den Standort einer Messstation zu informieren.

**Herr Pohlmann** schließt die 9. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll